

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Hans-Kurt Hill, Dr. Gesine Löttsch, Dr. Dietmar Bartsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/7745 –**

Energiekosten für Privathaushalte mit geringem Einkommen sofort wirksam senken

A. Problem

Rasant steigende Strom- und Gaspreise; fehlende staatliche Aufsicht über die Preisgestaltung; Einführung von Sozialtarifen; Stromsperrungen verhindern; Gefahr für Haushalte in Armut abzurutschen; Wohngeldförderung auf Energiekosten und außerhalb von Harz IV ausweiten.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/7745 abzulehnen.

Berlin, den 13. Februar 2008

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Edelgard Bulmahn
Vorsitzende

Kerstin Andreae
Berichterstatteerin

Bericht der Abgeordneten Kerstin Andreae

I. Überweisung

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf **Drucksache 16/7745** wurde in der 136. Sitzung des Deutschen Bundestages am 17. Januar 2008 dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zu federführender Beratung sowie dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und dem Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt des Antrages

Die Antrag stellende Fraktion DIE LINKE. weist darauf hin, dass die Strom- und Gaspreise in den letzten Jahren stark und ökonomisch nicht nachvollziehbar gestiegen seien. Derzeit sei es von staatlicher Seite aus nicht möglich, die Preisgestaltung der Energieversorgungsunternehmen für Endkunden zu überprüfen. Obwohl diese die Emissionszertifikate zu 90 Prozent kostenlos zugeteilt bekämen, würden sie deren Wert auf die Stromrechnungen aufschlagen. Hierdurch entstünden ihnen zusätzliche Gewinne auf Kosten der Endkunden.

Gleichzeitig sei eine deutliche Häufung von Stromsperrungen zu beobachten. Es bestehe für viele einkommensschwache Haushalte die Gefahr, durch steigende Energiekosten in die Armut abzurutschen. Da es sich bei dem Zugang zu Strom und Gas um eine Gemeinwohlpflicht der Daseinsvorsorge handle, müsse die Bundesregierung die Strom- und Gaspreisaufsicht wieder einführen.

Darüber hinaus müsse sie die Energieversorger verpflichten, mit Energieberatungen gekoppelte Sozialtarife für einkommensschwache Haushalte einzuführen, und Stromsperrungen verbieten. Gleichzeitig solle ein Bonussystem für die sparsame Heizenergienutzung eingeführt werden.

Zudem sollten wohngeldberechtigte Haushalte Erstattungen für Heizung und Warmwasser in angemessener Höhe erhalten. Schließlich müsse die Bundesregierung auch dafür sorgen, dass die Gewinne aus dem Emissionshandel durch eine Steuer abgeschöpft würden.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 16/7745 verwiesen.

III. Stellungnahme der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat den Antrag in seiner 69. Sitzung am 13. Februar 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag in seiner 49. Sitzung am 13. Februar 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 54. Sitzung am 13. Februar 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 55. Sitzung am 13. Februar 2008 abschließend beraten.

Die **Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD** führten aus, dass sie zwar im Dialog mit der Energiewirtschaft stünden, man suche jedoch jedenfalls marktkonforme Lösungen und keinen Sozialtarif unter staatlicher Preisaufsicht. Eine solche beziehe sich ohnehin nur auf den Vertriebskostenanteil der Preise und wirke daher ungerechtfertigt wie ein staatliches Gütesiegel. Es sei auch eine Preisgestaltung mit Progressionsmodellen denkbar. Bei der Erhöhung des Wohngeldes sei es bereits zu einer Grundsatzeinigung gekommen. Derzeit werde geprüft, ob auch Heizkosten berücksichtigt werden sollten. Darüber hinaus führe ein funktionierender Wettbewerb alleine schon zu Kostensenkungen und damit auch zur Senkung der Verbrauchspreise. Daher müsse man sich um Senkungen im Bereich der Vertriebs- und Netzkosten bemühen. Falsch sei es, an dieser Stelle staatliches Ersatzhandeln zu fordern, da die bisherigen Bemühungen damit konkurrenzlos würden.

Die **Fraktion der FDP** kritisierte, dass die Bundesregierung durch eigene Preistreiberei bei der Strom- und Ökosteuern einen erheblichen Eigenanteil an den Preisen habe. Beim derzeitigen Plan im Hinblick auf die erneuerbaren Energien sei eine weitere Kostensteigerung zu erwarten. Darüber hinaus müssten die Erlöse aus Zertifikatsversteigerung den Verbrauchern zugute kommen. Die im Antrag vorgesehene staatliche Preisaufsicht sei bereits grundsätzlich abzulehnen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** hob hervor, dass durch die Preisentwicklung am Energiemarkt immer mehr Haushalte vom Zugang zu Strom und Gas ausgeschlossen seien. Beim Energiezugang handele es sich jedoch um einen wesentlichen Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Daher solle ein Sozialtarif geschaffen werden, wobei hier keine Einzellösungen innerhalb der Kommunen und mit den Stadtwerken, sondern eine Gesamtlösung anzustreben sei. Die Abgabenlast solle bei denen erhöht werden, die sie auch tragen könnten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** machte darauf aufmerksam, dass die Energiekonzerne selbst aus Wettbewerbsgründen Sozialtarife anbieten sollten. Keinesfalls dürfe es jedoch hierfür staatliche Subventionierungen geben. Stattdessen müsse man bei den Einkommen der Bürger ansetzen und diese in den unteren Einkommensgruppen erhöhen. Auch sei der Wettbewerb auf dem Energiemarkt weiter zu fördern.

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/7745 zu empfehlen.

Berlin, den 13. Februar 2008

Kerstin Andreae
Berichterstatteerin